

Auszug aus dem Vorsorgereglement der PK AVP

RENTENLEISTUNGEN

Die PK AVP versichert folgende Leistungen:

- a. eine Altersrente bzw. eine Kapitaloption;
- b. eine Pensionierten-Kinderrente.

Artikel 5 Rentenalter

Das ordentliche reglementarische Rentenalter ist unter Ziffer 2 der Beilage 1 festgelegt.

Die versicherte Person kann ihr Recht auf eine vorzeitige Pensionierung frühestens ab 58 Jahren geltend machen.

Das aufgeschobene Rentenalter ist unter Ziffer 3 der Beilage 1 festgelegt.

Artikel 15 Altersrente

15.1. Anspruch auf Altersrente

Die versicherte Person hat Anspruch auf Rentenleistungen ab dem in Ziffer 2 der Beilage 1 festgelegten ordentlichen Rentenalter oder ab dem Alter für die vorzeitige Pensionierung gemäss Artikel 5 Absatz 2; und zwar wenn die Erwerbstätigkeit beim Arbeitgeber beendet wird.

Die Altersrente ist bis zum Tod der versicherten Person geschuldet.

15.2. Betrag der Altersrente

Der Betrag der Altersrente wird unter Ziffer 8 der Beilage 1 festgelegt.

Die reglementarischen Umwandlungssätze des Altersrentenkapitals sind unter Ziffer 9 der Beilage 1 definiert; sie richten sich nach dem Geschlecht und dem Alter der versicherten Person zum Zeitpunkt der Pensionierung.

Die PK AVP gewährt eine Kapitalleistung anstelle einer Rente, wenn deren Betrag weniger als 10 % der jährlichen AHV-Mindestrente beträgt.

15.3. Umwandlungssatz

Die PK AVP wendet zwei verschiedene Umwandlungssätze an: den reglementarischen Umwandlungssatz und den Umwandlungssatz des Versicherers.

Das Sparguthaben wird zum reglementarischen Umwandlungssatz umgewandelt, wenn die versicherte Person der PK AVP beim Eintritt ins Rentenalter während mindestens 20 ganzen Jahren angeschlossen war. Für jedes fehlende Jahr werden 5 % des überobligatorischen Guthabens nach dem Umwandlungssatz gemäss Tarif des Versicherers in Renten umgewandelt.

Die Anzahl der zur Berechnung des Umwandlungssatzes massgebenden Beitragsjahre ist beschränkt auf das Maximum beim gesetzlichen AHV-Rentenalter des Versicherten.

15.4. Vorzeitige Pensionierung

Um beim Vorbezug den Gesamtbetrag der Rentenleistungen zu erhalten, muss die Arbeitnehmerin oder der Arbeitnehmer ihr oder sein Arbeitsverhältnis mit dem Arbeitgeber vollständig beenden.

Um in den Genuss einer teilweisen vorzeitigen Pensionierung zu kommen, muss die Arbeitnehmerin oder der Arbeitnehmer diese beiden kumulativen Bedingungen erfüllen:

- a. die versicherte Person muss ihre berufliche Tätigkeit beim Arbeitgeber unbedingt zu 50 % eines Vollzeitäquivalents weiterführen und
- b. den im Arbeitsvertrag festgelegten Beschäftigungsgrad und das massgebende Jahreseinkommen um mindestens 25 % verringern.

15.5. Aufgeschobene Pensionierung

Wird das Arbeitsverhältnis im Einverständnis mit dem Arbeitgeber nach dem reglementarischen Rentenalter fortgesetzt, macht die versicherte Person bis zum höchstmöglichen Rentenalter für eine aufgeschobene Pensionierung gemäss Ziffer 3 der Beilage 1 von der Möglichkeit des Aufschubs der Auszahlung der Altersrente Gebrauch.

Der Widerruf des Aufschubs kann jederzeit beantragt werden und tritt 2 Monate, nachdem er der PK AVP bekannt gegeben wurde, in Kraft.

Es besteht keine Beitragspflicht mehr und das Altersguthaben der versicherten Person wird während dieses Aufschubs nicht mehr mit jährlichen Altersgutschriften geäufnet.

Der Umwandlungssatz, der bei Erreichen des ordentlichen reglementarischen Rentenalters der versicherten Person festgelegt wird, wird angepasst. Die Aufschubszeit verändert nicht das Verhältnis (fehlende Jahre / 20 Beitragsjahre), das bei der Umwandlung in eine Rente im ordentlichen Rentenalter berechnet wird.

Beim Tod während des Aufschubs kommen die reglementarischen Bestimmungen für Todesfallleistungen einer pensionierten versicherten Person zur Anwendung.

Artikel 16 Kapitaloption

16.1. Bedingungen der Kapitaloption

Eine ganz oder teilweise erwerbsfähige versicherte Person kann die Auszahlung der gesamten Altersrente oder eines Teils davon in Kapitalform verlangen, höchstens jedoch bis zum Grad ihrer Erwerbsfähigkeit.

Eine schriftliche Erklärung ist spätestens einen Monat vor Erreichen des reglementarischen ordentlichen Rücktrittsalters bzw. spätestens einen Monat vor dem allfälligen vorzeitigen Rücktritt abzugeben.

Die Anfrage einer versicherten Person, die verheiratet ist oder eine eingetragene Partnerschaft abgeschlossen hat, muss zwingend die beglaubigte Unterschrift des Ehegatten bzw. des eingetragenen Partners aufweisen.

16.2. Kombination von Rente und Rentenkapital

Die Kombination der Auszahlung der Altersleistung in Form einer Rente und eines Kapitals ist möglich.

Die teilweise Auszahlung der Altersleistung in Kapitalform verringert das Altersguthaben.

Der Betrag der teilweisen Auszahlung des Kapitals muss mindestens die Hälfte der jährlichen AHV-Mindestaltersrente betragen. Der Betrag der Auszahlung der Teilrente muss mindestens 10% der Hälfte der jährlichen AHV-Mindestaltersrente betragen.

Mit der Auszahlung des Kapitals gilt der Anspruch auf Pensionierten-Kinderrenten und auf Hinterlassenenrenten als anteilmässig abgegolten.

16.3. Kapitaloption nach einer Invalidität

Eine Altersleistung, die als Fortsetzung einer laufenden Invalidenrente ausgerichtet wird, kann nicht in Form eines Kapitals bezogen werden.

Die ganze oder teilweise Auszahlung in Kapitalform bleibt jedoch möglich, wenn die versicherte Person drei Monate vor dem ordentlichen reglementarischen Rentenalter oder der vorzeitigen Pensionierung voll oder teilweise erwerbsfähig war und die versicherte Person die Option Kapitalbezug noch vor dieser Frist als Erwerbstätige gewählt hat.

Artikel 17 Pensionierten-Kinderrente

Versicherte, denen eine Altersrente zusteht, haben für jedes Kind, das im Falle ihres Todes eine Waisenrente beanspruchen könnte, Anspruch auf eine Kinderrente.

17.1. Leistungsanspruch

Die Pensionierten-Kinderrente wird dem Bezüger einer Altersrente für jedes rentenberechtigten Kind nach den gleichen Bestimmungen wie die Altersrente ausbezahlt, von der sie abhängt.

Beim Tod der versicherten Person wird die Pensionierten-Kinderrente durch eine Waisenrente ersetzt.

Wird die Auszahlung der Altersrente vorverschoben oder aufgeschoben, so gilt das gleiche für die Pensionierten-Kinderrente.

17.2. Rentenbetrag

Der jährliche Betrag der Pensionierten-Kinderrente wird unter Ziffer 11 der Beilage 1 festgelegt.

LEISTUNGEN BEI INVALIDITÄT

Artikel 19 Reglementarische Leistungen

19.1. Art der Leistungen

Im Invaliditätsfall der versicherten Person vor dem Rentenalter versichert die PK AVP folgende Leistungen:

- a. die Befreiung von der künftigen Beitragszahlung;
- b. eine Invalidenrente;
- c. eine Pensionierten-Kinderrente.

19.2. Anspruch auf Leistungen

Anspruch auf reglementarische Invalidenleistungen haben Personen, die mindestens 25 % invalid sind und bei Eintritt der Erwerbsunfähigkeit, deren Ursache zur Invalidität geführt hat, versichert waren.

19.3. Teilinvalidität

Bei Teilinvalidität wird die Höhe der Leistungen entsprechend dem Grad der Erwerbsunfähigkeit festgesetzt. Dieser entspricht mindestens dem von der IV festgelegten Invaliditätsgrad. Für die Leistungsbemessung gelten folgende Ausnahmen:

- a. Erwerbsunfähigkeit von weniger als 25% gibt keinerlei Anspruch auf Leistungen;
- b. Teilinvalidität von mindestens 25%, aber weniger als 60%, gibt entsprechend dem Invaliditätsgrad Anspruch auf die festgesetzten Leistungen;
- c. Teilinvalidität von mindestens 60%, aber weniger als 70%, gibt Anspruch auf 75% der für Vollinvalidität festgesetzten Leistungen;
- d. Erwerbsunfähigkeit von 70% oder mehr gibt Anspruch auf die vollen Leistungen.

Besteht bei Erwerbsunfähigkeit (Invalidität) ein Anspruch auf Leistungen gemäss BVG, so entspricht der Invaliditätsgrad mindestens dem von der IV festgestellten Invaliditätsgrad.

Die Neufestsetzung des Grads der Erwerbsunfähigkeit bleibt in allen Fällen vorbehalten.

19.5. Beginn und Ende des Anspruchs auf Invalidenleistungen

Der Anspruch auf Leistungen entsteht mit dem Anspruch auf Renten der IV, spätestens aber nach der unter Ziffer 12 der Beilage 1 festgelegten Wartefrist.

Der Anspruch erlischt, sobald die versicherte Person ihre Erwerbsfähigkeit wiedererlangt, wenn sie stirbt oder das im Vorsorgeplan vorgesehene reglementarische Rentenalter spätestens jedoch das AHV-Rentenalter erreicht. Nach diesem Datum sind die Altersleistungen fällig.

Die Auszahlung der Leistung wird jedoch aufgeschoben, wenn die versicherte Person den vollen Lohn oder gleichwertige Zahlungen erhält, zum Beispiel Taggelder der Krankenversicherung, die mindestens 80 % des entgangenen Lohns entsprechen, und die Taggeldversicherung vom Arbeitgeber mindestens zur Hälfte mitfinanziert wurde.

Muss die PK AVP während der unter Ziffer 12 der Beilage 1 festgelegten Wartefrist der Invalidenrente Leistungen erbringen, sind nur die Mindestleistungen gemäss BVG geschuldet.

Artikel 20 Befreiung von der Beitragszahlung

Die Befreiung von der Beitragszahlung bei Erwerbsunfähigkeit erstreckt sich, nach Ablauf der unter Ziffer 12 der Beilage 1 festgelegten Wartefrist, auf alle für eine versicherte Person geschuldeten paritätischen Beiträge (Beitrag der versicherten Person und des Arbeitgebers).

Artikel 21 Invalidenrente

21.1. Rentenbetrag

Der Betrag der jährlichen Invalidenrente ist unter Ziffer 13 der Beilage 1 festgelegt, unter Vorbehalt von Artikel 37 zur Koordination der Leistungen und Artikel 38 zur Überentschädigung.

Artikel 22 Invaliden-Kinderrente

Versicherte, denen eine Invalidenrente zusteht, haben für jedes Kind, das im Falle ihres Todes eine Waisenrente beanspruchen könnte, Anspruch auf eine Kinderrente.

22.1. Auszahlung der Rente

Die Invaliden-Kinderrente wird dem Bezüger einer Invalidenrente für jedes rentenberechtigte Kind nach den gleichen Bestimmungen wie die Invalidenrente ausbezahlt, der sie unterstellt ist.

Die Invaliden-Kinderrente wird im ordentlichen reglementarischen Rentenalter durch eine Pensionierten-Kinderrente, die im Vorsorgeplan festgelegt ist, und im Todesfall der versicherten Person durch eine Waisenrente ersetzt.

22.2. Rentenbetrag

Der Betrag der jährlichen Invaliden-Kinderrente ist unter Ziffer 14 der Beilage 1 festgelegt, unter Vorbehalt von Artikel 37 zur Koordination der Leistungen und Artikel 38 zur Überentschädigung.

Artikel 27 Waisenrente

27.1. Anspruch auf Rente

Anspruch auf eine Waisenrente beim Tod einer versicherten Person haben:

- a. die Kinder der versicherten Person im Sinne von Artikel 252 des ZGB;
- b. die Pflegekinder der versicherten Person im Sinne von Artikel 49 der Vollzugsordnung zum Bundesgesetz über die AHV (AHVV);
- c. die von der versicherten Person ganz oder überwiegend unterhaltenen Stiefkinder; die Bestimmungen über das Todesfallkapital bleiben vorbehalten.

Die Kinderrenten werden bis zum 18. Altersjahr des Kindes ausbezahlt, längstens aber bis zu seinem 25. Altersjahr:

- a. solange das Kind in Ausbildung steht oder ein Studium absolviert;
- b. solange ein Kind mit einem Invaliditätsgrad von mindestens 40% nicht in der Lage ist, eine Erwerbstätigkeit auszuüben.

Der Rentenanspruch erlischt mit dem Tod des Kindes.